# transparent

## Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. / Lehrergewerkschaft im Deutschen Beamtenbund



- S. 3: Die Vorgriffsstunde wie weiter?
- S. 7: Genderzeichen allein reichen nicht aus!
- S. 10: Gendern in der Schule: Wie geht Erziehung ohne Vorurteile?



#### Liebe Kolleginnen und Kollegen,



**Torsten Wahl** 

das neue Schuljahr hat vor einigen Wochen begonnen.

Die Probleme sind jedoch geblieben und haben sich massiv verschärft. Die Unterrichtsversorgung liegt bei durchschnittlich 85,5 %, über alle Schulformen verteilt im Landesdurchschnitt. Damit hat sich die ersehnte Verbesserung der Unterrichtsversorgung nur wenig verbessert.

Einen völlig anderen Aufreger zu Beginn des Schuljahres bildete der Schulleiterbrief der

Bildungsministerin Feußner. In diesem stellte sie noch einmal klar, welche Rechtschreibegeln des Rechtschreibrats in den Schulen des Landes zu gelten haben. Es wurde sofort von einem Genderverbot gesprochen. In einem Interview mit Tanja Küsgens, VBE-Bundesfrauenvertreterin, und Dr. Ludwig Eckinger, ehemaliger Bundesvorsitzender und Mitglied im Rechtschreibrat, wird deutlich, dass das Gendern im Rahmen der Wissensvermittlung insbesondere im Fach Deutsch, eher hinderlich als förderlich ist. Außer den Genderzeichen gebe es noch andere Möglichkeiten, um auf die Gleichberechtigung für die Frauen hinzuwirken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie diese Ausgabe in Ihrer Hand halten, ist die Tarifrunde für die Länder, also auch für uns, in vollem Gang. Zum Redaktionsschluss waren jedoch noch keine Ziele und Forderungen bekannt. Eines ist jedoch gewiss: Diese Tarifrunde hat noch viel an Aufgaben und Inhalten aus den letzten Jahren aufzuarbeiten.

Ich fordere Sie daher auf, uns als VBE Sachsen-Anhalt und natürlich auch als Teil der dbb-Familie gut sichtbar zu unterstützen und zu vertreten. Nur wenn wir Sichtbarkeit und Stärke demonstrieren, können die Arbeitgeber uns ernstnehmen. Beteiligen Sie sich auch an den Aktionen der anderen dbb-Gewerkschaften. Auch als Beamtin oder Beamte können Sie unterstützend mithelfen. Schließlich sollen die Ergebnisse der Tarifverhandlungen auch auf Sie übertragen werden.

Ihr Torsten Wahl, Landesvorsitzender

## In eigener Sache



Für das Jahr 2024 sind die Ausgaben der Zeitschrift "transparent" wie folgt geplant:

Ausgabe	Redaktionsschluss	Erscheinungstermin
01-2024	16.01.24	13.02.24
02-2024	16.04.24	14.05.24
03-2024	20.08.24	17.09.24
04-2024	05.11.24	03.12.24

## Die Vorgriffsstunde – wie weiter?



Die Hals-über-Kopf-Einführung der Vorgriffsstunde, irgendwann im Frühjahr – weil mehrfach verschoben, sollte dem neuen Schuljahr eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung bringen. Sie erfolgte jedoch nur marginal. Die Unterrichtsversorgung liegt bei durchschnittlich 85,5 %, über alle Schulformen verteilt im Landesdurchschnitt. Es fehlt schlicht und einfach an den notwendigen Personen. Inzwischen hatte eine fast überregionale Zeitung im Süden Sachsen-Anhalts in einer Ausgabe Mitte September einige Zahlen über die Unterrichtsversorgung vorgelegt, die mehr als beunruhigend sind.

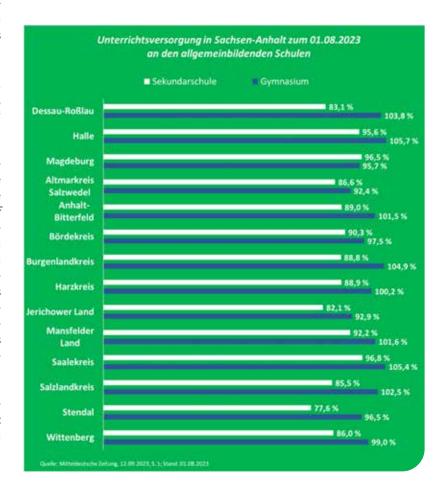
Es fehlen in der Übersicht zwar die anderen Schulformen, jedoch sieht es dort auch nicht besser aus. Hier zeigt sich, dass die Vorgriffsstunde nichts weiter als "Zahlenspielerei" ist.

Ende Mai erfolgte eine Online-Abfrage, wie viele der Lehrkräfte sich eine monatliche Auszahlung der Vorgriffsstunde wünschen. Es sind etwa 9500 Lehrkräfte. Inzwischen wurde die Abfrage noch einmal wiederholt. Diesmal allerdings auf üblichem Weg – schriftlich und auf Papier. An Notwendigkeit und Glaubwürdigkeit verliert die Vorgriffsstunde durch das Hinhalten der Lehrkräfte bezüglich der monatlichen Auszahlungen. Mangelhafte Kommunikation und unausgereifte Vorbereitungen sorgen auf beiden Seiten für viel Stress und Unverständnis. Hinsichtlich der monatlichen Auszahlungen gab es und gibt es Gespräche auf verschiedenen Ebenen, so zum Beispiel im Rahmen der Personalratsarbeit. Bis zum Redaktionsschluss konnten jedoch noch keine Fortschritte erzielt werden.

Inzwischen fängt auch ein weiterer Teil aus dem Maßnahmenpaket zu greifen, das auf dem Bildungsgipfel verkündet wurde. Es sind Abordnungen von überversorgten Schulen an Schulen mit einer sehr schlechten Versorgung. Was das im Einzelnen bedeutet, weiß jede Kollegin und jeder Kollege.

Es sind nicht nur die rechtlichen Rahmenbedingungen rund um die Auszahlung der Vorgriffsstunden neu zu regeln gewesen, es mussten und müssen auch die anderen rechtlichen Grundlagen anpasst werden.

> Torsten Wahl, Landesvorsitzender



### Die Länder stehen in der Pflicht!

Regionalkonferenz in Leipzig



Ob es um den eklatanten Lehrkräftemangel oder die Anhäufung von Überstundenbergen bei der Polizei geht - die Probleme im öffentlichen Dienst sind allseits bekannt. Doch obwohl die Argumente klar auf Seiten der Beschäftigten liegen, lassen die Arbeitgeber Jahr um Jahr verstreichen, ohne die zahlreichen Baustellen ernsthaft anzugehen. Aber auch gute Argumente werden nur gehört, wenn sie lautstark und mit Nachdruck vortragen werden. Aus diesem Grund trafen sich am 6. September 2023 in Leipzig Mandatsträgerinnen und -träger aus Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der dbb-Bundesgeschäftsstelle, um gemeinsam über die in der kommenden Einkommensrunde zu stellende Forderung zu diskutieren. Auch das Thema "Aktionsfähigkeit erhöhen und sichtbarer werden" stand im Fokus der Veranstaltung.



Kein Grund zur Bescheidenheit

"Wenn wir in gut einem Monat in Berlin unsere Forderung zur Einkommensrunde mit den Ländern beschließen, darf das kein frommer Wunschzettel sein. Es gibt aber auch keinen Grund zur Bescheidenheit. Denn wir haben in den Krisen der letzten Jahre gezeigt, dass wir im öffentlichen Dienst der Stabilitätsanker des Landes sind. Zugleich wird immer deutlicher, dass die Sparpolitik der letzten Jahre die Leistungsfähigkeit auch des Landesdienstes mittlerweile ernsthaft in Frage stellt. Die Länder stehen in der Pflicht! Ich sage aber auch: Unsere Forderungen müssen zu unserer Durchsetzungswilligkeit und Durchsetzungsfähigkeit passen. Auch darüber müssen wir heute reden!", so der dbb-Tarifchef Volker Geyer bei der Regionalkonferenz.

Iris Herfurth, stellvertretende Landesvorsitzende des dbb Sachsen-Anhalt, betonte: "Wir müssen gemeinsam agieren, Beamte und Arbeitnehmende. Die anstehende Einkommensrunde wird schwer und wenn wir am Ende erfolgreich sein wollen, müssen beide Statusgruppen mitziehen. In diesem Sinne geht von der heutigen Regionalkonferenz ein beeindruckendes Zeichen aus."

Während der Diskussion wurde deutlich, dass die Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen an die Einkommensrunde – zu Recht – hoch sind. Um diese zu einer Forderung zu bündeln und letztlich auch durchsetzen zu können, braucht es aber auch ein starkes und geschlossenes Auftreten. Hierin waren sich die Teilnehmenden einig.

#### Wie geht es weiter

Die Regionalkonferenz in Leipzig war die zweite von sechs Konferenzen, im Rahmen derer eine gemeinsame Forderung für die Einkommensrunde mit der TdL abgestimmt werden soll. Diese Forderung wird am 11. Oktober 2023 verbindlich beschlossen. Die Tarifverhandlungen starten dann am 26. Oktober in Berlin und werden am 2./3. November und 7. - 9. Dezember in Potsdam fortgeführt

Weitere Informationen finden Sie unter www.dbb.de/einkommensrunde.

vbe-redaktionsteam

## VBE Sachsen-Anhalt startet Online-Portal für Quereinsteiger

Mittlerweile ist jede 8. Lehrkraft an Sachsen-Anhalts Schulen keine vollständig ausgebildete Fachkraft mehr. Bei den Neueinstellungen machen Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger ungefähr die Hälfte aus.

Presseberichte zu diesem Thema findet man fasst wöchentlich und das deutschlandweit. 4-5 Wochen Vorbereitungskurs können keine mehrjährige pädagogischdidaktische Ausbildung ersetzen, darüber herrscht landesweit Einstimmigkeit. Geändert hat sich aber bis jetzt nichts. Am Ende des Tages sollen die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen die Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger begleiten und unterstützen, was dazu führt, dass wir eine weitere Mehrbelastung des schulischen Personals haben und die neuen Kolleginnen und Kollegen schnell in die Rolle des Bittstellers gezwungen werden.

In der Pressestelle erreichen uns regelmäßig Anfragen und Informationen von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern, die in ihrer Verzweiflung teilweise herzergreifend sind.

Im Zuge vieler persönlicher Gespräche mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen entsteht nun eine spezielle Onlinepräsenz, die sich direkt an Seiteneinsteiger richtet.



Sowohl über die Verbandsseite als auch die direkte Webadresse können neue Kolleginnen und Kollegen nun Informationen für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger finden und unkompliziert Fragen stellen. Der VBE Sachsen-Anhalt ist seit über 30 Jahren Anlaufpunkt für engagiertes Bildungspersonal und wird dies auch bleiben. Mit diesem neuen Angebot möchten wir aber den speziellen Bedürfnissen einer neuen Kollegengruppe gerecht werden und freuen uns über jede Art der Anregung. Alle Informationen bzw. Zugangsdaten finden Sie nachstehend und wir würden uns freuen, wenn Sie dabei mithelfen könnten, die entsprechenden Seiten in die Öffentlichkeit zu tragen.

Martin Scholz, Referat Öffentlichkeitsarbeit

## Seiteneinsteiger im Lehramt? Der VBE Sachsen-Anhalt ist für Sie da!

Sie suchen - wir bieten

- Vernetzung und Austausch
- Kollegiale Fallberatung
- schulrechtliche Beratung
- Schlüsselversicherung



Scan me



Alle weiteren Informationen finden Sie unter: www.t1p.de/Seiteneinstiegvbelsa

## Mehr Flexibilität für Schulen: Ministerium für Bildung stellt Budget für externe Unterstützungskräfte zur Verfügung



Das Ministerium für Bildung stellt seit Schuljahresbeginn Sekundar-, Gemeinschafts-, Gesamt- und Förderschulen ein zusätzliches flexibles Personalbudget für Unterstützungskräfte zur Verfügung. Dies ist ein wesentliches Ergebnis des vom Ministerpräsidenten einberufenen Bildungsgipfels.

An die Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen wird in einem ersten Schritt ein Budget von 60 Euro pro Schülerin und Schüler und an die Förderschulen ein Budget von 120 Euro je Schülerin und Schüler als Sockelbetrag ausgereicht.

Bildungsministerin Eva Feußner: "Mit diesem flexiblen Personalbudget werden die Schulen noch stärker darin unterstützt, den Schulalltag eigenverantwortlich weiter zu verbessern, qualitativ zu bereichern und sich noch mehr nach außen zu öffnen. Ich freue mich, dass der Haushaltsgesetzgeber diesem Ansinnen gefolgt ist und wir damit den Schulen weitere Möglichkeiten eröffnen können, unserem gemeinsamen Auftrag der Bildung und Erziehung zu folgen. Das Budget wird unseren Schülerinnen und Schülern unmittelbar zugutekommen."

Der Abschluss eines Honorarvertrages mit natürlichen und juristischen Personen ist für folgende Leistungen möglich:

- Leitung von unterrichtsergänzenden Arbeitsgemeinschaften, z.B. in den Bereichen Sport, Musik, Natur, Kunst, Handwerk, IT/Medien und Ausbildung berufspraktischer Kompetenzen
- Hausaufgabenhilfe außerhalb des Unterrichts
- Projekte und Veranstaltungen
- Unterstützung der Schulen bei der Erprobung neuer Modelle zur Unterrichtsorganisation unter Nutzung außerschulischer Lernorte
- Zusammenarbeit von Schule und außerschulischen Lernorten

Die Unterstützungskräfte können darüber hinaus die im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung entstehenden Fahrt- und Sachkosten in Rechnung stellen und bekommen diese erstattet.

Auch für das Haushaltsjahr 2024 ist vorgesehen, das flexible Personalbudget an Schulen auszureichen. Dies muss im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung noch beschlossen werden.

Bereits in den vergangenen Jahren haben die Schulen des Landes Erfahrungen mit der Gewinnung von Unterstützungspersonal – so beispielsweise aus dem Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" oder im Bereich des Ganztags – gesammelt, auf die sie nun aufbauen können.

Bildungsministerium, 18. September 2023



Wettbewerb Wirtschaft und Finanzen 2023/24

## econo\_me

Mitmachen – mitgewinnen
Anmeldung ab sofort unter econo-me.de/st
Einsendeschluss 29.02.2024

### Genderzeichen allein reichen nicht aus!

#### Stellungnahme des VBE-LSA zum Verbot der Genderzeichen in Sachsen-Anhalt

Der Verband Bildung und Erziehung setzt sich seit seiner Gründung für die Gleichstellung der Geschlechter ein und steht für Toleranz und Offenheit.

Die Nutzung von Genderzeichen, die für die Einbeziehung aller Geschlechter stehen sollen, führt in politischen Debatten zu Auswüchsen und Grabenkämpfen, welche unsere Meinung nach in ihrer Intensität jedes Maß an Sinnhaftigkeit verloren hat. Argumente von Befürwortern und Gegnern, egal ob im politischen Diskurs oder am Küchentisch, unterstellen dem jeweiligen Gegenüber teilweise Haltungen, die in ihrer Gesamtheit verletzend und erniedrigend sind.

Wir unterstützen daher die Entscheidung des Bildungsministeriums, sich den Empfehlungen des Rates der deutschen Rechtschreibung anzuschließen und in den Schulen des Landes eine einheitliche Regelung einzuführen. Wir verlangen aber auch eine regelmäßige Überprüfung und gegebenenfalls eine Adaption des Beschlusses, wenn der Rat zu einer neuen Einschätzung kommt. Die Tatsache, dass die Bewertung von Schülertexten in der Hand der Lehrenden liegt, wälzt die abschließende Verantwortung aber wieder auf Lehrkräfte ab und kann den inneren Schulfrieden gefährden.

Wir wünschen daher allen Kolleginnen und Kollegen ein gutes Händchen in der Bewertung. Einmal mehr zeigt sich hier, wie hoch die Verantwortung im Lehrberuf ist und welche Verantwortung das Bildungsministerium auf seinen Lehrkörper abschiebt.

Ludger Thieler, stellvertretender Landesvorsitzender

## Standpunkt zur Mindestschülerzahl 600 an Gymnasien

#### Woher kommt die Mindestschülerzahl 600 für Gymnasien?

Das Schulgesetz legt für Gymnasien die Dreizügigkeit als unteren Wert für die Zügigkeit fest. Die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung gibt für die durchschnittliche Klassenstärke den Wert 25 an. Daraus leitet sich für den 5. Schuljahrgang eine Mindestschülerzahl von 75 ab und für die gesamte Schule 600, da 8 mal 75 gleich 600 ist.

#### Warum wird daraus ein Problem?

Die Entwickler der obigen Regelung haben nicht die leistungsbedingten Abgänge berücksichtigt. Diese sind seit dem Wegfall der verbindlichen Schullaufbahnempfehlung erheblich angestiegen. Wenn ein Gymnasium immer 75 Schüler in der 5. Klasse aufnimmt, aber von jedem Jahrgang nur 5 Schüler abgehen, wird sie nach 8 Jahren nur noch 565 Schüler haben. Das Gymnasium ist dann aber immer noch dreizügig, aber von Schließung bedroht.

#### Wie weiter?

bleibt in Kraft.

Die Mindestschülerzahl 600 ist für die Schulrealität untauglich und muss aufgehoben werden. Nur die Mindestschülerzahl 75 für den 5.Schuljahrgang

#### Warum?

Eine Schule, die im Bestand gefährdet ist, wird alles versuchen, um die 600-Marke nicht zu unterschreiten. Die Versetzungsordnung bietet viel Spielraum. Erst beim Eintritt in die gymnasiale Oberstufe wird es anspruchsvoller. Wenn die Abiturprüfung nicht bestanden wird, reicht es immer noch für den schulischen Teil der Fachhochschulreife. Im Schulgesetz stehen für Gymnasien die folgenden Ziele.

Das Gymnasium vermittelt eine vertiefte allgemeine Bildung, die befähigt, den Bildungsweg an einer Hochschule fortzusetzen oder auch eine vergleichbare berufliche Ausbildung aufzunehmen.

Dazu gehören eine Menge Kompetenzen, die in den Lehrplänen aufgeführt sind.

Diese Bildungsziele dürfen nicht durch die 600-Schüler-Regel eingeschränkt werden.

> Hilmar Penne Referat Gymnasium

## Künstliche Intelligenz im Klassenzimmer: Sachsen-Anhalt setzt Zeichen bei emuKON-Medienkonferenz

Anfang September hatte das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung in Sachsen-Anhalt (LISA) in enger Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt seine emuKON-Medienkonferenz ausgerichtet. Der Fokus der diesjährigen Veranstaltung, die sich vorwiegend an Lehrerschaft und Verantwortliche in der Lehrerbildung richtete, lag auf dem Thema "Künstliche Intelligenz" (KI). Die Veranstaltung hatte sich zum Ziel gesetzt, den Einfluss und die Auswirkungen von KI insbesondere auf Schule zu thematisieren.

Bildungsstaatssekretär Jürgen Böhm: "Künstliche Intelligenz ist in der schulischen Bildung angekommen. Dabei mischen sich Chancen und Perspektiven mit Besorgtheit und Risiken, zugleich ist das Potential von KI in Schule groß. Von besonderer Bedeutung ist die kritische Auseinandersetzung mit KI und ein reflektierter Umgang mit der Technologie. Hierbei spielen Lehrkräfte eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Medienkompetenz und der Entwicklung fachlicher und überfachlicher Kompetenzen im Umgang mit KI. Ein umfassendes Verständnis und eine kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen der KI sind daher unerlässlich, um die Potenziale dieser Technologie in der Bildung sinnvoll zu nutzen."

Die erste emuKON markierte eine wichtige Etappe in der Diskussion um die Rolle der Künstlichen Intelligenz (KI) im schulischen Kontext in Sachsen-Anhalt. Die Konferenz hat dargelegt, dass die Diskussion über KI in der Bildungslandschaft Sachsen- Anhalts auf großes Interesse stößt und auch in Zukunft eine zentrale Rolle bei der Aus-, Weiter- und Fortbildung von Lehrkräften des Landes spielen wird. Mit ihrem breiten Spektrum an Aktivitäten und Diskussionen konnte die emuKON- Medienkonferenz einen wichtigen Beitrag zur Förderung eines umfassenden Verständnisses und einer zielführenden Integration von KI in den schulischen Kontext leisten.

#### **Hintergrund:**

Die emuKON ist ein neues Veranstaltungsformat des LISA. Einmal im Jahr wird eine abwechslungsreiche Tagung zum breit gefächerten Themenbereich Medien schulform- und fachübergreifend stattfinden. Der inhaltliche Schwerpunkt wird sich immer an aktuellen Entwicklungen, Herausforderungen und Phänomen der Medienwelt orientieren, die eine pädagogische Auseinandersetzung erfordern und lohnen.

Bildungsministerium, 12. September 2023

## Schlechte Noten für die Bildung: Die Verantwortung liegt bei der Politik

Das heute erschienene ifo Bildungsbarometer zeigt besorgniserregende Ergebnisse. Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), bezieht hierzu wie folgt Stellung:

"Der Lehrkräftemangel konnte lange durch das hohe Engagement der Lehrkräfte vor Ort kaschiert werden, tritt aber mittlerweile schonungslos zutage. Immer weniger Befragte benoten die Qualität der Schulen mit (sehr) gut. Die Gesellschaft sieht, dass das Bildungswesen in Gefahr ist, und fällt ein entsprechendes Urteil. Dabei darf nicht vergessen werden, dass jede Lehrkraft unter den gegebenen Bedingungen versucht, ihr Bestes zu geben und die Kinder und Jugendlichen zu fördern und zu fordern. Doch das Fass läuft längst über, und die Politik gibt immer noch mehr Aufgaben an die Schulen, ohne für Entlastung zu sorgen und ohne die angemessenen Ressourcen bereitzustellen. So kann das nicht funktionieren. Den subjektiven Eindruck des Qualitätsverlusts hat daher die Politik zu verantworten."

Mit Blick auf das Ergebnis, wonach 79 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass sich die Qualität der Schulbildung durch die Coronapandemie verschlechtert hat, verweist Brand auf die schleppende Digitalisierung:

"Immer wieder konnten wir in unseren repräsentativen Umfragen zeigen, dass die Digitalisierung an den deutschen Schulen nicht in angemessenem Tempo vorankommt. Computer, die schon veraltet waren, als sie aufgestellt wurden, und Lehrkräfte, die keine oder qualitativ minderwertige Fortbildungen erhielten: So sah das Bild vor Corona aus. Der Ausstattungsschub während der Pandemie hat gutgetan, aber er muss nun mit einer nachhaltigen Perspektive genährt werden. Dazu gehören auch klare Ansagen zur Übergangsfinanzierung nach dem Digitalpakt I und zur Anschlussfinanzierung durch den Digitalpakt II."

Berlin, 30.08.2023 PM 23\_23

## Projekt "Law4school" - Cybermobbing an Schulen





#### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch an Schulen ist Cybermobbing leider ein zunehmendes Problem. Deshalb ist Aufklärung und Prävention gerade hier besonders wichtig.

Wir möchten Sie hiermit auf das einzigartige Projekt "Law4school" aufmerksam machen, welches von der Rechtsanwältin Gesa Stückmann ins Leben gerufen wurde.

Neben Beratung und Vertretung für Opfer von Cybermobbing, leistet sie mit Law4school umfassende Aufklärungsarbeit.

#### Ziele des Projektes:

- Vermittlung von Medienkompetenz
- Sensibilisierung für die Gefahren und Risiken des Internets
- Befähigung zum selbstbewussten und angemessenen Umgang mit dem Thema Cybermobbing

#### Zielgruppe:

- Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte
- Schülerinnen und Schüler
- Eltern

#### Kostengünstige Live-Webinare auf der Lernplattform für:

- Grundschulen als Elternabend
- Eltern und Lehrkräfte auch nachmittags bzw. abends
- Schülerinnen und Schüler in go Minuten-Einheiten zu Unterrichtszeiten
- mehrere Schulen in verschiedenen Städten gleichzeitig

#### Themen der Webinare:

- Klasse 5 und 6 rechtliche Aspekte zu "Cybermobbing" "Recht am eigenen Bild" "Cybergrooming"
- Klasse 7 bis 9 weitere Themen z. B. "Besitz und Verbreitung von (Kinder-/ Jugend-) Pornographie"
- Klasse 10 bis Abitur bzw. für Berufsschulen Hate Speech Cyberstalking Antrag nach dem Gewaltschutzgesetz u. a.

Mehr zum Projekt Law4school finden Sie unter: www.law4school.de

Aktuelle Webinar-Termine gibt es hier: www.law4school.de/l4s-webinar

Vielen Dank für Ihre Unterstützung beim Kampf gegen Cybermobbing!





## **Gendern in der Schule:** Wie geht Erziehung ohne Vorurteile?

Die Entscheidung für oder gegen das Gendern in der Sprache ist auch in der Schule nicht ganz unwichtig. Redakteurin Nina Braun (NB) hat beim VBE nachgefragt und spricht darüber mit Tanja Küsgens (TK), Sprecherin der Bundesfrauenvertretung des VBE und Konrektorin an einer Grundschule, sowie mit Ludwig Eckinger (LE), dem ehemaligen Bundesvorsitzenden des VBE, der als Mitglied im Rechtschreibrat der Bundesregierung alle Lehrerorganisationen in Deutschland vertritt.

#### NB: Sprache erzeugt Bilder im Kopf, wer gegenderte Sprache benutzt, macht u. a. Frauen sichtbarer, das sagt die Wissenschaft. Auf der anderen Seite wirkt gegenderte Sprache häufig künstlich und stillos. Frau Küsgens, wie gehen Sie in der Schule mit dem Thema um?

TK: Mich stört immer das Wort "Gendersprache". Es ist ja keine eigene Sprache, sondern es ist eine bestimmte Ausdrucksform. Mir ist es in der Schule wichtig, dass wir eine vorurteilsbewusste Bildung praktizieren und dass wir damit eine echte Repräsentanz aller Menschen auch über die Sprache erreichen. Ein Beispiel: Wenn man über Berufsbilder spricht, ist es häufig schon im Kindergarten klar, welche Berufsbilder sich die Kinder für Jungs und Mädchen vorstellen und sie sind damit schon früh eingeschränkt. Für die Schule bedeutet das, man muss die Kontroversen aufnehmen und mit den Kindern und Jugendlichen thematisieren.

#### NB: Wie läuft das denn im Kollegium, gibt es eine generelle Regelung oder macht jeder, was er will?

TK: Ich glaube, dass viele Kolleginnen und Kollegen sich gerade auf den Weg machen. Das hängt natürlich auch davon ab, wie sehr man sich damit beschäftigt hat. Ich beobachte aber einen großen Konsens darin, Kinder und Jugendliche vorurteilsfrei bzw. vorurteilsbewusst zu erziehen. Wichtig ist, denke ich, dass man auch die Eltern miteinbezieht und für sich in der Schulgemeinschaft einen Weg findet. Das ist manchmal nicht leicht, sich zu einigen. Es gibt verschiedene Sprach- und Schreibformen, die funktionieren.

LE: Bei dem Thema wird so getan, als sei das etwas Neues. Das ist es nicht. Ich war 16 Jahre Bundesvorsitzender des VBE und ich kann darauf schwören, dass ich keine einzige Rede gehalten, in der ich nicht "liebe Lehrerinnen und Lehrer" gesagt habe und damit schon gegendert habe. Ich war kürzlich auf einem Kongress in Mannheim. Da hat eine der führenden Linguistinnen gesagt, sie verstehe die Aufregung nicht. Es sei viel mehr Toleranz nötig. Militanz führe nicht weiter. Das ist auch meine Meinung.

#### NB: Herr Eckinger, wie diskutiert der Rat das Thema Gender in der Sprache?

LE: Der Rat hat die Aufgabe, das Regelwerk an den allgemeinen Wandel der Sprache anzupassen und die Einheitlichkeit der Sprache voranzubringen. Das bezieht sich auf den Bereich der staatlichen Stellen, also Schule und öffentliche Verwaltung. Generell liegt es aber natürlich in der Verantwortung der Schreibenden und Sprechenden, wie sie sich verhalten. Wir haben uns schon seit 2018 mehrfach zum Thema geschlechtergerechte Sprache geäußert. Wir müssen aber weiterhin dazu Stellung nehmen. Anlass der aktuellen Befassung war jetzt, dass es Anfragen aus verschiedenen Ländern gab. Zuerst einmal möchte ich anmerken: Die Formen wie Kolleginnen und Kollegen, Lehrerinnen und Lehrer sind inzwischen eingeführte Formen. Es gibt außerdem Zwischenpositionen und Passivkonstruktionen wie Lehrpersonen oder Fachkräfte, die nicht davon ausgehen, dass das generische Maskulinum Frauen und Personen anderen Geschlechts umfasst und der Menschenwürde entsprechen. Sie sind mittlerweile weit verbreitet und unstrittig. Damit muss sich der Rat nicht mehr befassen. Nun gibt es aber verkürzende Sonderzeichen im Wortinneren, die sind umstritten.

Ich kann hier noch mal referieren, worauf es aus Ratssicht ankommt:

- 1. Die geschriebene Sprache muss sachlich korrekt sein.
- 2. Die geschriebene Sprache muss verständlich und lesbar
- 3. Die geschriebene Sprache muss vorlesbar sein.
- 4. Die geschriebene Sprache muss rechtssicher und eindeutig sein.
- 5. Die geschriebene Sprache muss so geschrieben sein, dass sie korrekt übersetzbar ist.
- 6. Die Sprache muss die Konzentration auf die wesentlichen Sachverhalte sicherstellen.
- 7. Die Sprache darf nicht das Erlernen der deutschen Sprache erschweren.

In Österreich gibt es im Hochschulbereich einige Auswüchse, die nicht akzeptiert werden können und rechtlich keine Grundlage haben. Da werden etwa Arbeiten nicht angenommen, wenn bestimmte Schreibweisen nicht verwendet werden.

Was die Schule betrifft: Sonderzeichen begegnen den Schülerinnen und Schülern vor allem in den Medien und in Fachtexten. Wir als Rechtschreibrat finden, dass man Gender-Zeichen nicht zu früh thematisieren sollte, also frühestens in der Sekundarstufe 1, damit keine Missverständnisse auftauchen. Ich finde, es gibt bei der Thematik schon einige Anmaßungen. Beispielsweise das Buch



"Einfach können - GENDERN". Damit wird unterstellt, dass es zum Glück gehört, zu gendern. Für mich ist das eine Attacke auf das Kulturgut Sprache. Da wird aus dem Modeschöpfer Karl Lagerfeld die modeschaffende Person Karl Lagerfeld. Oder auch Schulleitung. Ich war Schulleitung zusammen mit meinen beiden Konrektorinnen. Aber die einzelne Person ist doch keine Schulleitung. Das wird gefährlich, wenn man auf diese Weise versucht, Politik zu machen.

## NB: Wie soll Sprache denn die zunehmende Gleichberechtigung in der Gesellschaft abbilden?

LE: Das ist sehr schwierig. Aber ich habe immer beide Personengruppen genannt wie Lehrerinnen und Lehrer. Damit sind natürlich einige wenige nicht angesprochen. Das ist ein eigenes Thema. Ich finde, man muss achtsam sein und keine Gruppe übersehen. Aber in meiner Branche ist das Selbstbewusstsein glücklicherweise hoch entwickelt. Ich war letztens auf der Delegiertenversammlung des Bayrischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV), da bin ich Ehrenmitglied. Es gab wieder mal einen Antrag den BLLV umzubenennen in Lehrerinnen- und Lehrerverband. Etwa 70 Prozent der Delegierten waren Frauen und der Antrag wurde nicht angenommen. Die Begründung ist, dass das nicht nötig sei. Ich interpretiere das so, dass die Frauen im Verband wissen, dass sie Gleichberechtigung fordern und bekommen. In der Gesellschaft sind wir davon leider noch weit entfernt.

Eine mir bekannte Linguistin sagt dazu, in der Linguistik

spreche man eher von geschlechterbewusster oder geschlechtersensibler Sprache. Gerechtigkeit sei eine Illusion. Das heißt für mich aber nicht, dass das nicht ein Auftrag in der Schule ist. In der Schule müssen wir durch große Achtsamkeit die Gerechtigkeit hinbekommen. Als Rektor einer Schule ist einmal eine Mutter zu mir gekommen und hat mir berichtet, dass ihre Tochter ständig von einem Lehrer diskriminiert wird. Im Matheunterricht sagte er oft im Nebensatz "Ach, bist halt ein Mädchen … du kannst das nicht". Dem muss man natürlich als Schulleiter Einhalt gebieten. Da muss auch die Schulaufsicht eingreifen, das geht nicht. Ich habe mit dem Mann gesprochen, er hat das nicht eingesehen. Dann wurde er am Ende von der Schulrätin sanktioniert mit Gehaltsabzug. Man kann also schon etwas machen.

TK: Ich habe zwei Anmerkungen zu dem Gesagten. Sie hatten sich gerade abwertend zu neutralen Bezeichnungen geäußert. Das finde ich nicht negativ. Man wählt natürlich nur eine neutrale Form, wenn man eine Gruppe von Menschen meint, und nicht bei Einzelpersonen, so verstehe ich das.

Zu den Abstimmungen. Bei Abstimmungen ist es natürlich auch so, dass auch bei Frauen – nach Jahrhunderten im Patriarchat – das Bewusstsein für Diskriminierung oft nicht vorhanden ist. Obwohl, in diesem Fall sehe auch ich bei dem BLLV keine Notwendigkeit für Veränderung.



Von unten nach oben (im Uhrzeigersinn): Tanja Küsgens und Ludwig Eckinger im Gespräch mit Nina Braun / Wilke Mediengruppe

#### NB: Treten wir einen Schritt von der Sprache zurück. Schule hat u. a. den Auftrag, gleiche Chancen für die Geschlechter zu schaffen. Wo gelingt ihr das, aus Ihrer Sicht?

TK: Es gelingt nicht überall. Da ist Schule das Spiegelbild der Gesellschaft, da haben wir noch einen weiten Weg vor uns. Mädchen werden zwar manches Mal in der Schule noch mit alten Rollenvorstellungen konfrontiert, haben oft aber dennoch einen Vorsprung vor den Jungs, was auch im Studium so bleibt. In der Berufswelt spiegelt es sich dann leider nicht mehr wider. Dort sind die Rollenstereotype und der Gender-Pay-Gap noch deutlich vorhanden. Umgekehrt werden die Bedürfnisse von Jungs auch mancherorts nicht berücksichtigt. Sie haben häufig einen anderen Zugang zum Lernen und brauchen mehr Bewegung. Oft fehlen in der Schule die männlichen Vorbilder, für Jungen und auch für Mädchen. Eine Vielfalt der Geschlechter im Kollegium sorgt auch für vielfältige Sichtweisen bei den Kindern und Jugendlichen. Kinder kommen in den Kindergarten und in die Grundschule und sehen dort meist, dass dies scheinbar ein Frauenberuf ist. Das prägt und lässt eine eingeschränkte Vorstellung von Berufsbildern entstehen. Dadurch wählen weniger Jungen später den Beruf. Ein Teufelskreis, aus dem man nur entkommt, wenn man diese eingeschränkten Rollenvorstellungen bereits in der Kita aufbricht und erweitert.

LE: Stereotype sind ein wichtiges Thema. Schauen Sie sich mal die Schulbücher an. Häufig findet man dort ganz traditionelle Rollen, sehr hierarchiebewusst wie Arzt und Krankenschwester, Chef und Sekretärin. Männer tragen Verantwortung, treffen Entscheidungen, Frauen übernehmen den Haushalt. Da ist noch viel zu tun. In einer Schule, in der ich Rektor war, - es war eine Versuchsschule - haben wir im Kollegium beschlossen, dass wir "eine freundliche Schule" sein wollen. Das heißt, ich muss eine Atmosphäre der Toleranz und Gleichberechtigung schaffen. Das ist nicht selbstverständlich, das ist ein harter Kampf, jeden Tag. Auch wenn ich Schulen besuche, merke ich, ob dort eine Atmosphäre der Toleranz, des Respekts und der Höflichkeit herrscht.

TK: Da schließe ich mich an. Es kommt auf jede einzelne Person im Bildungssystem an. Es fängt in Kita und Grundschule an, bei so Sprüchen "Ich brauche einen starken Jungen, der mir beim Tragen hilft". Jede Lehrkraft braucht eine Haltung zu Akzeptanz und Toleranz, Gleichstellung und dazu, wie man mit Menschen umgeht, die anders sind. Das fördert ja nicht zuletzt auch die Demokratie.

#### NB: Frau Küsgens, gegenderte Sprache löst bei manchen Menschen Irritationen aus. Wie gehen Sie mit Kritik, etwa von Eltern oder aus dem Kollegium, um?

TK: Das ist häufig eine Art der Reaktanz. Man lässt sich nicht gerne etwas vorschreiben. Aber darum geht es ja gar nicht, dass man jemandem etwas vorschreiben möchte, sondern wir wollen, dass das, was u. a. im Grundgesetz zur Gleichberechtigung steht, endlich umgesetzt wird und alle Menschen, egal welchen Geschlechtes, sich angesprochen fühlen. Darüber ist man sich oft einig. Diskussionen erlebe ich häufig darüber, wie man es denn am sinnvollsten macht. Und das ist auch nicht einfach.

Ich stelle fest, dass es im Gespräch zu Lösungen kommen kann. Manches Mal kann ich Irritationen durch Informationen entkräften. Ich hatte beispielsweise einen Kollegen, der war eigentlich dagegen, dann hat er gesagt, ich probiere das mal aus. Nach einem halben Jahr kam er zu mir und sagte, er habe sich daran gewöhnt.

Das sind eben Dinge, die erst mal fremd sind und dann in die Gewohnheit übergehen. Ich finde es wichtig, dass man im Austausch bleibt. Ich weiß auch nicht immer den richtigen Weg.

Aber wir sind uns ja einig, dass wir eine geschlechtergerechte Gesellschaft wollen. Es ist ein Ringen um den Konsens, darauf läuft es hinaus. Da sehe ich einen guten Prozess, das ist etwas, was sich entwickelt und alle Menschen mitnehmen muss.

LE: Was mich in der Debatte wirklich stört, ist, dass hier eine neue Kontroverse zwischen Alt und Jung aufgemacht wird. Die Jungen wollen es und die Alten nicht. Dagegen wehre ich mich. Wir brauchen auch auf dem Gebiet Solidarität zwischen den Generationen. So einfach ist das nicht. Nur weil ich älter bin, bin ich nicht gegen Neuerungen, wenn es die Gesellschaft weiterbringt. Wenn es dadurch gelänge, die Gleichberechtigung weiterzubringen, wunderbar. Eine meiner Töchter ist ganz hoch gestiegen im Beruf. Kürzlich sagte sie zu mir: "Papa, nicht dagegen sein bitte. Ich bin jetzt Vorständin". Warum nicht, finde ich. Wenn es hilft. Das würde ich jetzt auch

VBE transparent 3 2023

sagen, wenn es nicht meine Tochter wäre. Ich finde es wichtig, äußere Zeichen zu setzen.

TK: Ich möchte keinen Generationenkonflikt eröffnen. Wenn ich davon spreche, dass Menschen nicht reflektiert sind, hat das nicht mit dem Alter zu tun. Es gibt auch viele junge Menschen, die in alte Rollen fallen. Es ist eher eine Sache des flexiblen Denkens.

LE: Eigentlich reicht Artikel 3 des Grundgesetzes. Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern usw.

Eigentlich braucht man nicht mehr. Man könnte diesen Paragrafen in jeder Schule als Gebot aushängen.

TK: Ich finde es schön, dass wir Parallelen feststellen. Ich habe das kleine Büchlein mit dem Grundgesetz auch immer bei mir. Ich finde diesen Artikel auch so bemerkenswert, weil damit Gleichstellungsmaßnahmen begründbar sind, die manchmal als ungerecht empfunden werden. Leider ist Papier geduldig, denn laut Studien sind es noch 133 Jahre, die wir brauchen, bis wir echte Gleichberechtigung erreicht haben.

## NB: Was ist Ihr Wunsch für die Zukunft der Gleichbe-

TK: Erst mal wünsche ich mir, dass die Realität anerkannt wird, dass wir die Gleichberechtigung nicht erreicht haben. Dass man insgesamt vorurteilsbewusster wird. Eine geschlechtergerechte Gesellschaft ist ja für alle ein Gewinn. Patriarchale Strukturen sind für Männer negativ, beispielsweise führt es dazu, dass Männer oft eine ungesündere Lebensweise haben und weniger zum Arzt und Vorsorgeuntersuchungen gehen, weil sie so sozialisiert wurden.

LE: Ich bin mit Frau Küsgens einverstanden. Ich will noch die Lehrerbildung anfügen. Wir sollten sie als besonders wichtig ansehen. Resignieren geht nicht. Beim Weltlehrerkongress 1998 in Washington hat der damalige US-Präsident Bill Clinton gesagt: "To be a teacher is forever to be an optimist."

#### NB: Was ist Ihr Rat für Pädagoginnen und Pädagogen. Wie spricht man in der Schule richtig?

TK: Man sollte im Kollegium miteinander ins Gespräch kommen und miteinander beschließen, wie man in der Schulgemeinschaft damit umgeht. Mit jüngeren Kindern sollte man Stereotype aufbrechen. Mit älteren Schülerinnen und Schülern sollte man die Kontroversen diskutieren und eine eigene Meinungsbildung ermöglichen.

LE: Ja, Demokratie fängt schon in der Kita an. Wir sollten einander von Anfang an zuhören und Haltung zeigen.

Die Fragen stellte Nina Braun/Wilke Mediengruppe.

#### Personen

Tanja Küsgens ist stellvertretende Schulleiterin an einer Grundschule, Personalratsvorsitzende im örtlichen Personalrat und Bundessprecherin der VBE Frauenvertre-

Ludwig Eckinger war von 1982 bis 1994 Rektor der Grundschule Saal an der Donau. Er war Vizepräsident des BLLV von 1984 bis 2007 und von 1993 bis 2009 Bundesvorsitzender des VBE. Er ist der gewählte Vertreter des DGB und des DBB, und damit der Vertreter aller Lehrerverbände, im Rechtschreibrat.

## Was sagt der VBE zum Thema Gendern in der Schule?

In einem Beschluss der Bundesversammlung von 2022 heißt es: Die Bundesversammlung möge beschließen, den Bundesvorstand zu beauftragen, sich dafür einzusetzen, dass sowohl im Verband als auch im Bildungsbereich eine Sprache, die allen gerecht wird, angewandt wird. Der VBE lehnt die Verwendung des generischen Maskulinums grundsätzlich ab. Begründung: Mit dem gesellschaftlichen Wandel hin zur Gleichberechtigung der Geschlechter geht ein Wandel von Sprache einher. Die Widerspiegelung verschiedener Geschlechter im schriftlichen und mündlichen Sprachgebrauch ist daher zwingend erforderlich. Der VBE bekennt sich zur Gleichstellung und sollte dies auch sprachlich zum Ausdruck bringen. Gendergerechte Sprache ist mithin ein Instrument zur Verwirklichung von Chancengleichheit und Gleichstellung.

#### **Weitere Infos**

Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat in seiner Sitzung am 14. Juli 2023 in Eupen ein vollständig neu erarbeitetes Amtliches Wörterverzeichnis beschlossen - mit daraus folgenden umfangreichen Anpassungen des Amtlichen Regelwerks. Die Genderproblematik wurde umfassend diskutiert und die Wortbinnenzeichen als nicht zum Kernbestand der deutschen Orthografie definiert. Sie sind Sonderzeichen wie z. B. das §-Zeichen, das %-Zeichen etc.



## Newsletter

www.vbe.de | presse@vbe.de

07 08 2023

Die Teilnehmenden des Trinationalen Treffens

### Drei Länder, zehn Menschen, viele Herausforderungen

Trinationales Treffen der DACH-Bildungsgewerkschaften am 1. und 2. Juni 2023 in Dresden

Im Herzen Dresdens lud der VBE die Delegierten der Partnergewerkschaften aus Österreich und der Schweiz zur gemeinsamen Abstimmung. Aber so imposant der Tagungsort auch war, selbst die Schönheiten der sächsischen Landeshauptstadt konnten die Teilnehmenden nicht vom intensiven Austausch abhalten. Und das ambitionierte Programm hatte einiges an Themen zu bieten. Allen voran stellt der Lehrkräftemangel die Kolleginnen und Kollegen aller drei Länder vor schier unüberwindbare Herausforderungen. Schnell wurde Einigkeit darüber hergestellt, dass es lediglich dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen im Dienst zu verdanken ist, dass die Strukturen überhaupt noch aufrechterhalten werden können. Ebenfalls gemeinsam stemmen sich alle drei Gewerkschaften gegen eine weitere Absenkung der Qualifizierung neuer Lehrkräfte. Die Qualität des Unterrichts und der Wert des Berufsstandes müssen unbedingt gehalten werden, bestand Einigkeit.

Auch das Thema "Gewalt gegen Lehrkräfte" wurde breit diskutiert. Ähnlich wie die Gewaltumfrage, die der VBE bereits seit 2016 regelmäßig durchführt, wurde das Thema auch in der Schweiz mit einer breit angelegten Studie bearbeitet, an der sich 7.000 Lehrkräfte beteiligten. Demnach erlebten zwei Drittel der befragten Lehrpersonen psychische Gewalt, davon ein Drittel durch Erziehungsberechtigte. Die Kollegen aus Österreich haben sich bisher gegen eine solche Umfrage entschieden. Unter anderem wolle man verhindern, dass die Umfrage im Kontext laufender Migrationsdebatten zweckentfremdet wird. Eine Herausforderung, auch für den VBE.

Zur Frage, wie ChatGPT und andere KI-Systeme Bildung verändern, berichteten die Teilnehmenden über Reaktionen aus dem Kollegium, die zwischen Hype und Gelassenheit bis hin zu Abwehr reichen. Es bestand jedoch Einigkeit darüber, dass hier eine Entwicklung passiert ist, die nicht rückführbar ist. Die Frage war daher, wie KI für das Lehren und Lernen genutzt werden kann. So könnte sie eine Chance darstellen, Kompetenzen besser prüfen zu können. Auch gibt es großes Potenzial für den Bereich der Sonderpädagogik und allgemein der individuellen Förderung. Allerdings wird unter Verweis auf eine Studie zu digitalen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern festgestellt, dass viele lediglich "User" sind, die Technik also lediglich nutzen, deren Mechanismen aber weder verstehen noch hinterfragen können und demnach auch keine Manipulation als solche erkennen würden.

Weiteres Thema war "Integration und Armut als Indikator für fehlende Bildungschancen". Hier wurden das Startchancenprogramm und vergleichbare Hilfsstrukturen in Österreich und der Schweiz reflektiert.



Im VBE Bundesvorstand treffen sich der geschäftsführende Vorstand, die 16 Landesvorsitzenden und die Sprecherinnen und Sprecher der Querschnittsvertretungen, unter anderem um sich über die Herausforderungen aus den Ländern auszutauschen. Der neue geschäftsführende Vorstand hat dafür ein Format ausprobiert, das einigen aus der schulischen Praxis geläufig sein wird. Statt direkt mit allen über die Frage zu diskutieren, wurde zunächst alleine reflektiert, dann in Kleingruppen debattiert und abschließend erst im Plenum besprochen.

Diskutiert wurde die Frage, welchen Einfluss Englischunterricht und naturwissenschaftliche und musisch-künstlerische Fächer in der Grundschule auf die Kinder haben – in Abgrenzung eines Fokus auf Deutsch und Mathematik.









In vier Gruppen tauschten sich die Mitglieder des Vorstandes aus.

Am Ende einer sehr konstruktiven Debatte positionierte sich der Bundesvorstand: Für uns gehört es zur ganzheitlichen Bildung, dass die Kinder in der Grundschule neben den Grundkompetenzen in Deutsch, Mathematik und den Naturwissenschaften auch eine Begegnungssprache (in grenznahen Gebieten nicht unbedingt Englisch) erlernen und musisch-ästhetisch, künstlerisch und sportlich gebildet werden.

#### Frauenpolitische Fachtagung: Null Toleranz bei Gewalt!

Die Frauenpolitische Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung begann mit einer so sachlich richtigen wie erschreckenden Feststellung: "Etwa jede fünfte Frau hat bereits sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt", erläuterte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung. Sich dieser Problematik annehmend, stand die diesjährige Fachtagung Mitte Juni unter dem Motto "Hinsehen, Einschreiten, Vorbeugen – Null Toleranz bei sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing".

Politisch hochkarätig besetzt mit einer Rede von Frauenministerin (!) Lisa Paus, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), und einem Impuls der zuständigen Abteilungsleiterin für den öffentlichen Dienst im Bundesinnenministerium (BMI), Katrin Walter, wurde sich dem Thema mit Unterstützung verschiedener Referentinnen genähert: Dr. Sabine Jenner, dezentrale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte an der Charité Berlin und Co-Autorin der Studie "Prävention sexueller Belästigung" hob hervor, dass für Grenzverletzungen die Perspektive der Betroffenen der entscheidende Maßstab ist: "Die Verletzung der Würde wird durch die Betroffenen definiert, nicht durch die Verursachenden." Sandra Maurer, Rechtsanwältin und Co-Autorin des Buchs "Mobbing und sexuelle Belästigung im öffentlichen Dienst" konzentrierte sich in ihrem Impulsvortrag vor allem auf die gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen von Langzeitmobbing: "Die Betroffenen werden immer misstrauischer. Sie glauben, ständig auf der Hut und in Verteidigungshaltung sein zu müssen. Der daraus resultierende Stress wird Auswirkungen auf die Arbeit haben, auf ihre Leitungsfähigkeit, das Miteinander im Job und auf die psychische Gesundheit." Ferda Ataman, Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung, berichtete über interne Anlaufstellen bei Mobbing und sexueller Belästigung. "Ein Problem ist: Beschäftigte wissen oft nicht, dass es in ihrer Arbeitsstelle eine Anlaufstelle gibt, weil oft gar nicht darüber informiert wird."





li: Großes Interesse führte zu einem voll besetzten Plenum bei der Frauenpolitischen Fachtagung.

re: Tanja Küsgens, Bundessprecherin der Frauen im VBE, beteiligte sich an der Fish Bowl-Diskussion. Mit Blick auf die Umfragen des VBE forderte sie den Schutz von Lehrkräften vor Gewalt.

Dieser Herausforderung wollen sich Tanja Küsgens, Bundesprecherin der Frauen im VBE, und Susann Meyer, Bundessprecherin des Jungen VBE, für den Verband annehmen. "Auch ehrenamtlich Engagierte sollen wissen, an wen sie sich im Falle eines Falles wenden können. Unsere Strategie ist auch in der Broschüre "Parität und Nachwuchsförderung" deutlich geworden: Wir wollen ein Umfeld schaffen, in dem sich alle, die dies wollen, engagieren können. Dazu gehört auch, null Toleranz bei sexueller Belästigung, Gewalt und Mobbing zu zeigen." Sie werden unterstützt vom geschäftsführenden Vorstand. Gerne halten wir Sie an dieser Stelle auf dem Laufenden.

Einen ausführlichen Bericht zur Frauenpolitischen Fachtagung der dbb bundesfrauenvertretung finden Sie auf deren Website unter: https://kurzelinks.de/frauentagung

#### Medienseminar bringt Update für die Kommunikationsabteilungen

Wer sich schon einmal mit Storytelling in Sozialen Medien befasst hat, kommt an dem "Heldenepos" nicht vorbei. In aufwändigen Schritten wird erläutert, wie eine Person ins Rampenlicht gesetzt werden kann. Das ist nicht nur ressourcenintensiv, sondern auch ziemlich weit entfernt von der Realität in den Kommunikationsabteilungen. Oder wann haben Sie im gewerkschaftlichen Kontext zuletzt von einer Heldenreise mit dem Ruf des Abenteuers, einem Weg der Prüfungen und der Begegnung mit einer Göttin gehört? Bei dem Medienseminar des VBE, für das Mitte Juni Kommunikationsverantwortliche aus 11 Landesverbänden und dem Bundesverband in Berlin zusammenkamen, erläuterte der Experte Mathias Hamann eine praxisnahe Alternative: MISLA. Dabei wird zunächst die Motivation für den Social-Media-Post geklärt, indem die Relevanz eines Themas verdeutlicht und Spannung erzeugt wird. Danach kommt der IST-Zustand, welcher in der Regel schlecht ist – oder gut ist und nicht verschlechtert werden darf. Das zeigt man mit dem SOLL-Zustand auf. Es folgt die Lösung, also wofür wir als Gewerkschaft eintreten. Abschließend folgt ein Appell, mit dem all jene abgeholt werden sollen, die den Beitrag gerade sehen. Das kann von einem Like oder einer kurzen Nachricht bis hin zur Teilnahme an einer Veranstaltung oder Demonstration reichen.



Ähnlich lösungsorientiert tauschten sich die Teilnehmenden zu weiteren Themen aus, wie der Frage, wie Veranstaltungen kommunikativ begleitet werden können und welche Themen es auf die Agenda der Kommunikationsabteilung schaffen sollten. Außerdem blieb Zeit für den Austausch untereinander – sowohl in einer Kollegialen Fallberatung als auch beim abendlichen Spaziergang durch Berlin.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24 10117 Berlin T. + 49 30 - 726 19 66 0 presse@vbe.de www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VRF

## **V**BE

## Newsletter

www.vbe.de | presse@vbe.de

09|2023

#### **Im Visier**

#### dbb-Bürgerbefragung zeigt: Mehr Menschen sehen Angriffe auf Lehrkräfte

Das Vertrauen in den Staat schwindet! Das ist eines der Hauptergebnisse der diesjährigen dbb-Bürgerbefragung 2023. Unser Dachverband, der deutsche beamtenbund und tarifunion (dbb), beauftragt forsa regelmäßig damit, die Einstellung der Deutschen gegenüber dem Staat und seinen Institutionen abzufragen. So viele Befragte wie noch nie, nämlich 69 Prozent, sehen den Staat in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme überfordert. Neben dem Themenbereich "Flüchtlingspolitik" ist das Bildungswesen vielen Anlass zur Kritik. Jede fünfte befragte Person sah hier den Staat überfordert. Die Institutionen jedoch werden nicht entsprechend schlecht bewertet. Bei der Bewertung öffentlicher Einrichtungen schneiden sowohl Kindergärten als auch Schulen zwar um 0,1 schlechter ab als letztes Jahr, bewegen sich aber immer noch im Bereich "befriedigend" (Kita: Note 2,5; Schulen: Note 3,2). Und auch das Ansehen der Berufsgruppen, welche im Bildungswesen arbeiten, kann durchaus positiv gesehen werden. So attestieren 76 Prozent der Befragten den Erzieherinnen und Erziehern in Kindergarten und Kita ein (sehr) hohes Ansehen. Lehrkräften wird dieses von 64 Prozent der Befragten zugeschrieben. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass die Mehrheit es als besonders dringlich ansieht, Optimierungen im Bildungswesen vorzunehmen. So geben 43 Prozent der Befragten an, dass durch eine verstärkte Digitalisierung Verbesserungen im Bildungswesen erreicht werden könnten.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, ordnet diese Ergebnisse ein: "Dass das Bildungssystem kränkelt, wissen wir schon lange. In den Ländern und im Bund setzen wir unsere Stimme dafür ein, für bessere Bedingungen zu kämpfen, insbesondere für mehr Ressourcen und Kraftanstrengungen gegen den Lehrkräftemangel. Lange konnten die Lehrkräfte vor Ort durch überbordendes Engagement und viel Kreativität im Umgang mit den Anforderungen des Lehrplans ausgleichen, was fehlte. Doch die Lücken im Kollegium werden immer größer, während gleichzeitig immer mehr Aufgaben an Schule herangetragen werden. Dass dann der Eindruck in der Gesellschaft entsteht, dass es im Bildungswesen Defizite gibt, geht allein auf das Konto der Politik."



Es ist allerdings schon vielfach herausgearbeitet worden, dass die Folgen der Enttäuschung von den Eltern oft genug die Lehrkräfte vor Ort treffen. Ein rauer Ton, ein beleidigendes Wort oder gar eine Handgreiflichkeit sind keine Einzelfälle. Das deckt sich mit den Ergebnissen der dbb-Bürgerbefragung. Hier stimmten 80 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Gesellschaft zunehmend verrohe und der Umgang rücksichtloser und brutaler werde. Ein Viertel der Befragten hat schon einmal einen Angriff auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beobachtet. Spannend: Während von diesen 2019 noch 73 Prozent angaben, einen Angriff auf die Polizei gesehen zu haben, waren es 2023 "nur" noch 64 Prozent. Dafür ist die Zahl jener, die Angriffe gegen Lehrkräfte beobachtet haben, um 9 Prozentpunkte von 28 Prozent auf 37 Prozent gestiegen. Brand hierzu: "Zum einen sehen wir durchaus eine Stagnation auf hohem Niveau, aber auch mehr Angriffe aufgrund von Differenzen bei gesellschaftlichen oder politischen Themen. Auf der anderen Seite schreiben wir es unserer Arbeit gut, so für das Thema sensibilisiert zu haben, dass Angriffe auch als solche benannt werden und die Beleidigung gegen eine Lehrkraft nicht salonfähig ist."

#### Es wird spannend... Jury entscheidet über Vergabe des Nachhaltigkeitspreises

Mit über 40 Einsendungen im ersten Bewerbungsjahr ist dieser Preis schon jetzt ein voller Erfolg: der DSLK-Schulpreis Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Fünf Schulen werden auf dem Deutschen Schulleitungskongress (DSLK) damit ausgezeichnet. Prämiert ist er mit jeweils 10.000 Euro, die von SIGNAL IDUNA gestiftet werden. Die Verleihung findet am Abend des 24. November 2023 in Düsseldorf statt. Ein Highlight des DSLK, schließlich wird Eckart von Hirschhausen, dessen Stiftung "Gesunde Erde – gesunde Menschen" die Schirmherrschaft übernommen hat, die Preisverleihung moderieren und einen, wie immer kurzweiligen, Vortrag halten.



Am 1. September 2023 traf sich die Jury in Hamburg und beriet, welche der Bewerbungen prämiert werden sollen. Dabei galt es, eine Fülle von unterschiedlichen Projekten zu bewerten. Von der Schulgarten-AG bis zum Recycling-Projekt, diversen Schülerfirmen und der Etablierung von Wahlpflichtfächern BNE waren inspirierende Beispiele für die konkrete Umsetzung von BNE vor Ort dabei.

Sie möchten bei der Preisverleihung dabei sein? Dann sichern Sie sich noch bis 31. Oktober 2023 Ihr Ticket für den Deutschen Schulleitungskongress mit einem Rabatt für Ihre VBE-Mitgliedschaft! Nutzen Sie dafür den Code DSLK2023VBE.

#### Das eine tun, ohne das andere zu lassen – der VBE zur Kindergrundsicherung

Nach der Sommerpause im Bundestag startet nun wieder das politische Geschäft. Noch immer ein großes Streitthema ist die Kindergrundsicherung. Im Koalitionsvertrag verankert, waren sich die Koalitionspartner lange nicht einig, wie diese gestaltet werden soll. Der Bundesfinanzminister Christian Lindner stellte Mitte August in Frage, ob gerade mit Blick auf die Gruppe armutsbetroffener migrantischer Familien nicht andere Maßnahmen besser helfen könnten. Dazu äußerte sich der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, wie folgt: "Die individuelle finanzielle Absicherung von Kindern gegen die "Beschäftigungsfähigkeit" ihrer Eltern auszuspielen, wird dem akuten Problem nicht gerecht. Kindergrundsicherung versus Sprachkurs: So einfach ist es eben nicht. Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen. Armutsbekämpfung braucht eine breite Palette an Angeboten. Viele Wege führen nach Rom und aus der Armut." Neben der Ausstattung der Schulen mit mehr Ressourcen für die individu-



elle Förderung aller Kinder und Jugendlichen betonte Brand den Mehrwert von höheren finanziellen Zuwendungen für die Kinder: "So ist es noch gezielter möglich, Lernsituationen außerhalb vorgegebener Pfade zu ermöglichen. Das neue Buch und der Trainingsanzug oder schlicht die Aufwendungen, um im Freundeskreis in gleicher Form an Aktivitäten teilnehmen zu können – all das können sich Kinder aus armen Haushalten sonst nicht leisten."

Mittlerweile gibt es einen Kabinettsbeschluss zur konkreten Ausgestaltung (2,4 Milliarden Euro). Der Referentenentwurf liegt dem VBE vor. Zu ihm kann bis Anfang September Stellung genommen werden. Danach wird er im Bundestag vorgestellt.

#### Zusammenarbeit führt zum Ziel: Bildungsgipfel gefordert

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) unterstützt die Initiative #NeustartBildungJetzt. Relevante Organisationen des Bildungsbereiches, wie Gewerkschaften, Verbände und Initiativen, aber auch Stiftungen und Vertretungen von kommunalen Strukturen treten mit einem gemeinsamen Appell für die Einsetzung eines Nationalen Bildungsgipfels ein. Ein solcher fand zwar im März dieses Jahres auf Einladung des Bundesbildungsministeriums statt, hatte aber kaum Konsequenzen.



**Neustart** Im Apell heißt es folgerichtig: "Um den dringend benötigten Reformprozess herbeizuführen, braucht es eine Initialzündung auf höchster politischer Ebene. Ein Nationaler Bildungsgipfel wäre das starke Signal, die Bildung endlich zur gemeinsamen Sache zu erklären."

Angedacht ist, alle entscheidenden Personen aus der Bundesregierung, den Landesregierungen, den Ministerien aller Ebenen, der Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildungspraxis, Zivilgesellschaft sowie Eltern, Kinder und Jugendliche zusammenzubringen. In dem Appell wird kein geringeres Ziel ausgegeben als dieses: "Der Nationale Bildungsgipfel sollte den Auftakt zu einem kontinuierlichen Dialog- und Reformprozess mit gemeinsamen Arbeitsstrukturen markieren." Eine Herausforderung im föderalen System.

Ab September wird sich ein Arbeitskreis, an dem auch der VBE beteiligt ist, über einen konkreten Vorschlag zur Ausgestaltung eines solchen Bildungsgipfels austauschen.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24 10117 Berlin T. + 49 30 - 726 19 66 0 presse@vbe.de www.vbe.de



## **V**BE

## Newsletter

www.vbe.de | presse@vbe.de

10 2023

### Schulwegsicherheit erhöhen: Politik muss handeln!

Repräsentative Umfrage zeigt breite Akzeptanz für Einschränkungen des Autoverkehrs im Schulumfeld



Das Elterntaxi ist stetiger Anstoß für Groll. Jene, die ihre Kinder bringen, rechtfertigen das Bringen ihrer Kinder mit der Kombination aus Wegen, einer schlechten Infrastruktur oder schlicht dem Gefühl, dass ihre Kinder nicht sicher sind auf dem Schulweg. Dabei sind sie, so zeigte es die repräsentative Umfrage, die der VBE gemeinsam mit dem Deutschen Kinderhilfswerk und dem ökologischen Verkehrsclub Deutschland (VCD) beauftragte, selbst ein Faktor, der den Schulweg unsicher macht. Parken zu viele Autos gleichzeitig oder rechtswidrig vor dem Schultor, entstehen gefährliche Situationen. Fast ein Drittel der Lehrkräfte beobachtet das mindestens einmal in der Woche.

Doch auch der gesamte Schulweg muss in den Blick rücken. Denn die neueste repräsentative Umfrage, die forsa für uns durchgeführt hat, macht deutlich:

Jede fünfte Person schätzt die Verkehrssicherheit von Kindern in der Umgebung von Schulen als unsicher ein. Eltern sehen das sogar noch drastischer. Ein Viertel von ihnen empfindet den Schulweg als unsicher. Gleichzeitig stellen die Befragten fest, dass sie davon ausgehen, dass die Mehrheit der Menschen Maßnahmen befürworten würde, welche die Sicherheit erhöhen. Das Deutsche Kinderhilfswerk, der VCD und der VBE fordern zum Beispiel Tempo 30 im Schulumfeld, die Einrichtung von Elternhaltestellen und die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch infrastrukturelle Maßnahmen. Die drei Organisationen haben aus Anlass der Veröffentlichung der Umfrage auch ihr gemeinsames Forderungspapier aktualisiert. Sie finden es hier: <a href="https://kurzelinks.de/Schulwegsicherheit">https://kurzelinks.de/Schulwegsicherheit</a>

Der Bundesvorsitzende des VBE, Gerhard Brand, findet deutliche Worte: "Jedem Kind muss es möglich sein, die Schule selbstständig und wohlbehalten zu erreichen. Die Bevölkerung sieht, dass dies nicht für alle möglich oder zumindest gefährdet ist. Die Politik ist nun am Zug, Maßnahmen zu ergreifen, die dies gewährleisten. Dazu gehört auch die Unterstützung der Schulen bei der Verkehrserziehung durch externe Kräfte. In Zeiten des Lehrkräftemangels kann dies keine Zusatzaufgabe für das ohnehin stark belastete Kollegium sein."



Die drei Organisationen kooperieren seit einigen Jahren und richten gemeinsam die Aktionstage "Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten" aus. In diesem Jahr waren knapp 50.000 Teilnehmende dabei. Die an den Aktionstagen teilnehmenden Schulen und Kindergärten haben sich auch in diesem Jahr wieder viele kreative Aktionen einfallen lassen. Die besten Projektideen zeichnen die Verbände mit Bewegungssets und Spielen aus. Der erste Platz geht an die städtische Kita "Purzelbaum" in Oestrich-Winkel (Hessen). Den Kindern standen täglich Mitmach-Angebote frei, beispielsweise eine Bastelaktion für das Fahrrad oder ein Fahrzeugtag, an dem der Fahrradbeauftragte der Stadt die Kinder besuchte. Gut angenommen wurde auch die Aktion, den Parkplatz vor der Kita zum Hindernisparcours und zum großen Straßenmalplatz zu machen. Den zweiten Platz belegt die Grundschule am Vierrutenberg in Berlin-Reinickendorf. Dort wurde während der Aktionstage ein Laufbus zur Schule über eine gesperrte Straße organisiert, es gab eine Stempelaktion über gelaufene und geradelte Kilometer und eine Ausstellung zum Thema "Mein Schulweg". Der dritte Platz geht an die Marienschule Ochtrup (Nordrhein-Westfalen). Hier wurde von der Kinderkonferenz der Schule ein Erklärvideo erstellt, das Lehrkräfte, Eltern, Erziehungsberechtigte und die Kinder der Schule über die Aktionstage sowie die Weiterführung des Projekts informiert.

Und die Zusammenarbeit geht noch weiter. Mitte Oktober werden die kooperierenden Organisationen ein Vernetzungstreffen ausrichten, um Akteure, die sich für eine höhere Schulwegsicherheit einsetzen, zusammenzubringen. Über die Ergebnisse werden wir an dieser Stelle im November berichten.

#### #HeForShe - Martin Speer zu Gast im Bundesvorstand

"Warum steht hier ein Mann und spricht mit Ihnen über Feminismus?" Martin Speer legt den Finger direkt in die Wunde. Der Autor und Redner ist davon überzeugt, dass Feminismus keine Aufgabe der Frauen ist. Doch, wie holt man die Männer dazu? Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass Männer vor allem Männern zuhören. Und so schließt sich der Kreis – und ein Mann spricht über die alltäglichen Hürden vieler Frauen. Doppelt und dreifach belastet mit Job, Haushalt, Pflege und Erziehung: Auch in der heutigen Zeit tragen Frauen die Hauptlast an unbe-

zahlter Arbeit, arbeiten deshalb häufiger in Teilzeit und haben auch deswegen nicht die gleichen Chancen, aufzusteigen. Dabei hat eine gleichberechtigte Welt auch für Männer viele Vorteile. Studien zeigen, dass die Gesundheit von Männern effektiv steigt, sie bessere Beziehungen führen und weniger Stress haben. Was also sind Alibis für Männer, weshalb sie sich nicht gleichermaßen für Gleichstellung einsetzen?

- 1. Negieren Wir sind bereits gleichberechtigt; es gibt doch gar nichts zu tun.
- 2. Delegieren Gleichstellung ist eine Frauenaufgabe.
- 3. Relativieren Das ist doch alles nicht so schlimm; Männer haben auch Probleme.

Bei der anschließenden Diskussion wurden einige spannende Themen aufgemacht, die nun innerhalb des Bundesvorstandes und sicher auch der Landesvorstände weiter bearbeitet werden. Die Bundessprecherinnen der Frauen im VBE, Tanja Küsgens, und des Jungen VBE, Susann Meyer, hatten sich hierzu bereits im Vorfeld abgestimmt und auch den Geschäftsführenden Vorstand des VBE als Unterstützer gewinnen können. In den nächsten Sitzungen des Bundesvorstandes wird sich zum Beispiel damit befasst, wie Vorurteile unsere Urteile beeinflussen und wie man Vorurteile verlernt – wo immer es sinnvoll ist. Der Bundesvorsitzende Gerhard Brand begrüßt diese Ambitionen: "Der VBE ist am Puls der Zeit – zu unserer Zeit. Wir rennen nicht Voraus und trotzdem nehmen wir uns der Herausforderungen der Gesellschaft an und schauen, wie sie auch die Abläufe in unserem Verband beeinflussen. Das ist wichtig, um Engagement für alle zu ermöglichen."



V.l.n.r.: Martin Speer, Susann Meyer, Tanja Küsgens und Gerhard Brand



#### Halbzeitbilanz des Bundesvorsitzenden – Das Spiel steht auf der Kippe

"Ein Spiel hat 90 Minuten", so beruhigt sich der Fan im Angesicht der drohenden Niederlage. Es besteht noch Chance auf Hoffnung. Hoffnung darauf, den entscheidenden Lucky Punch zu setzen und das Ruder doch noch rumzureißen. Was es dafür braucht: Willen, Kampfkraft und Entschlossenheit. Ähnliches fordert auch Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), als er anlässlich der Halbzeit der Koalition aus SPD, Grünen und FDP einen kritischen Blick auf die bildungspolitischen Ergebnisse der "Ampel' wirft und Bilanz zieht: "Wir sehen, dass die "Ampel' sich in

Punkto Bildung viel vorgenommen hatte. Das ist gut und notwendig, wenn wir auf die immensen Herausforderungen blicken, die Schulleitungen und Lehrkräfte tagtäglich bewältigen müssen. Es zeigt außerdem, wie sinnvoll es ist, Gewerkschaften und Verbände im Vorfeld in den Arbeitsprozess einzubeziehen. Allerdings zählt nicht der fromme Wunsch. Es zählt, was wirklich in den Schulen ankommt." So würdigt Brand zwar das Corona-Aufholprogramm und dass das Startchancen-Programm endlich konkret in Angriff genommen wird, betont aber gleichzeitig: "Das Startchancen-Programm kann in seiner jetzigen Form nur der Aufschlag einer längerfristigen Förderstrategie sein. Andersfalls werden die zu erwartenden finanziellen Mittel keinesfalls ausreichen."

In vielen anderen Punkten sei das bislang Erreichte jedoch deutlich kritischer zu bewerten. Viele der angekündigten Schritte, beispielsweise die Erhöhung öffentlicher Ausgaben für den Bildungssektor, die dauerhafte Unterstützung des Bundes bei der Digitalisierung des Bildungswesens oder die Etablierung einer neuen Kultur in der Bildungszusammenarbeit seien bislang komplett ausgeblieben. "Während Corona wurde sichtbar, was mit einer Kultur des Miteinanders in Bildungsfragen alles möglich ist und wie schnelle und unbürokratische Prozesse auch kurzfristig wirken können. Mittlerweile sind leider die gewohnten Grabenkämpfe zurückgekehrt. Mehr noch: Mit dem unwürdigen offenen Schlagabtausch zwischen Kultusministerkonferenz und dem Bundesbildungsministerium hat das Gegeneinander in Bildungsfragen einen neuen Tiefpunkt erreicht."

Noch finsterer sieht es bei der frühkindlichen Bildung aus. Die versprochenen Verbesserungen in der Betreuungsrelation, die Weiterentwicklung des Sprach-Kita-Programms oder attraktivere Arbeitsbedingungen durch Qualitätsstandards sind bislang nicht in Sicht. Hierzu Brand: "Wir sehen kaum Veränderungen, was die Situation in Kitas angeht. Im Gegenteil: Mit der Einstellung des Sprach-Kita-Programms ist eine zentrale und gut funktionierende Säule der Integration bewusst zerschlagen worden. Zudem sehen wir kaum Bewegungen, was die Gewinnung neuer Kolleginnen und Kollegen angeht. Es hat zwar Schritte in die richtige Richtung gegeben, beispielsweise bei der praxisintegrierten Ausbildung oder der Ausbildungsvergütung, aber diese Maßnahmen kommen sehr langsam in den Einrichtungen an und reichen schlichtweg nicht aus, um dem Mangel zu begegnen."

Brand resümiert: "Wir sehen Initiativen, die in die richtige Richtung weisen und auch wenn Ansätze sichtbar sind, die hochgesteckten Ziele der Koalition auch umzusetzen, müssen die bildungspolitischen Reformen und Programme dringend Priorität bekommen. Andernfalls ist das Spiel schon zu Ende, bevor es richtig an Fahrt aufnehmen konnte. Und eine weitere Niederlage kann sich unsere Bildungslandschaft angesichts der aktuellen Situation nicht leisten."



**V**BE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24 10117 Berlin T. + 49 30 - 726 19 66 0 presse@vbe.de www.vbe.de



#### Gemeinsames Forderungspapier

## "Kindern durch einen sicheren Schulweg eigenständige Mobilität ermöglichen"

Die Aktionstage "Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten" werden durch das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. und den ökologischen Verkehrsclub VCD initiiert und koordiniert und durch den Verband Bildung und Erziehung (VBE) unterstützt. Gemeinsam setzen sich die Kooperationspartner dafür ein, dass alle Kinder ihren Weg zur Schule oder Kindergarten, wo es möglich ist, zu Fuß, mit dem Roller oder dem Fahrrad zurücklegen.

Wir sind davon überzeugt, dass Kinder für ihr Aufwachsen und das Wahrnehmen von Teilhabe und Teilnahme in der Gesellschaft Autonomie und Orientierung im Raum brauchen. Es ist daher essenziell, diese Eigenschaften auch durch ein bewusstes Erleben des Schulweges zu fördern - unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder im ländlichen Raum wohnen. Zudem wird so Freude an Bewegung vermittelt, ein Baustein im Sinne der nachhaltigen Mobilitätsbildung gelegt und die Umwelt geschont. Wir sind uns bewusst, dass Ängste bestehen, Kinder den Schulweg allein bestreiten zu lassen und verstehen, dass es Gründe gibt, das Auto für den Schulweg zu nutzen. Dazu gehören lange Fahrwege, unübersichtliche oder gefährliche Verkehrssituationen oder mangelhafte Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr. Die gelebte Praxis, regelmäßig ohne zwingenden Grund und ohne Fahrgemeinschaften das Auto zu nutzen, ist hingegen inakzeptabel. Denn dies schadet nicht nur Klima und Umwelt, sondern erhöht den Verkehr in Schulnähe und insbesondere das Halten direkt vor der Schule, ggf. auch ordnungswidrig. Das provoziert Gefahrensituationen für andere Kinder. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bestehende Gründe so weit wie möglich minimiert werden (z.B. unübersichtliche und gefährliche Verkehrssituation) und damit das Nutzen des Autos für den Schulweg die Ausnahme bleibt.

Wir kooperieren, um die gemeinsame Vision zu verwirklichen, dass Kinder ihre Bildungseinrichtung auf einem sicheren Weg eigenständig oder, wenn erforderlich, mit Unterstützung durch Erwachsene oder (ältere) Mitschülerinnen und Mitschüler bzw. Geschwister erreichen können. Die Voraussetzungen dafür sind jedoch vielerorts noch nicht gegeben und müssen erst neu geschaffen bzw. deutlich optimiert werden. Zudem braucht es einen Bewusstseinswandel der Art, dass es nicht die Kinder sind, die auf sich aufmerksam machen und hierfür zum Beispiel Warnwesten tragen müssen. Vielmehr müssen eine gleichberechtigte Teilhabe und Teilnahme aller am Straßenverkehr möglich werden mit Gewährung von Vorzügen für Gruppen mit besonderen Ansprüchen (z.B. jüngere Kinder, ältere Menschen). Das Bewusstsein dafür muss bei allen am Straßenverkehr Teilnehmenden, sowie den Eltern, Lehrkräften und politisch Verantwortlichen weiter gestärkt werden. Hierfür müssen alle am Verkehr Beteiligten und dafür Verantwortlichen zusammenwirken. Auf Verkehrsteilnehmende, die aufgrund ihrer Konstitution gefährdet sind (Körpergröße, Alter, Beeinträchtigungen), ist dabei besonders Rücksicht zu nehmen.

#### Wir fordern:

#### 1) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozessen sichern

- Kindesinteressen müssen bei der Wegeplanung berücksichtigt werden. Dafür sind sie selbst durch geeignete Formate z.B. im Rahmen einer Spielleitplanung einzubinden, genauso wie für sie Sprechende (Eltern, Schulbehörden, Interessenvertretungen).
- Partizipation in Stadt- und Verkehrsplanungen muss in jeder Kommune verpflichtend erfolgen und daher in Bundes- und Landesgesetzen verankert und in entsprechenden Ausführungs- bzw. Verwaltungsvorschriften präzisiert werden.

#### 2) Infrastruktur unter Beteiligung Aller planen, bereitstellen und anpassen

- Das Erstellen von integrierten Schulmobilitätsplänen (Schulwegplan sowie Lehrpläne für Mobilitätsbildung) und die dafür notwendigen Beteiligungsverfahren sind, wo noch nicht umgesetzt, gesetzlich zu verankern. Der integrierte Schulmobilitätsplan muss Teil des Schulwegkonzepts der Gemeinde sein.
- In den Nahverkehrsplänen müssen das Einzugsgebiet der Schule und die Schulzeiten so berücksichtigt werden, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler bequem und ohne Zeitverlust zur Schule und wieder nachhause kommen. Dieser Schülerverkehr sollte möglichst gut in ein attraktives Gesamtangebot des ÖPNV integriert werden.

#### 3) Bauliche Voraussetzungen schaffen und für Mobilität von Kindern optimieren

- Im Umfeld von Schulen, langfristig auf allen Straßen, müssen sichere Querungsmöglichkeiten (Zebrastreifen, Mittelinsel) geschaffen werden. Es ist darauf zu achten, dass mit Ampelschaltungen angemessene Querungszeiten bereitgestellt werden, die stets das Überqueren einer gesamten Straße für den Fußverkehr ermöglichen.
- Im gesamten Wohngebiet müssen ausreichend sichere und von den Kindern eigenständig nutzbare Fuß- und Radwege bereitgestellt werden.



- Es müssen ausreichend und qualitativ hochwertige Fahrrad-, Roller- und Anhängerstellplätze an Bildungseinrichtungen bereitgestellt, also ggf. nachgerüstet werden. Es braucht insbesondere sichere, leicht zugängliche Abstellmöglichkeiten, die auch Witterungsschutz bieten. Dies ist in den Landesbauverordnungen zu verankern. Fahrradstellplätze müssen in der Stellplatzverordnung mit entsprechend höheren Anforderungen bedacht werden.
- In der Stadt und auf dem Land sind ausreichend dichte, sichere Fuß -und Radwegenetze zu errichten, um eine eigenständige Mobilität der Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Dies ist insbesondere dort notwendig, wo das ÖPNV-Angebot das Einzugsgebiet der Schule nicht ausreichend abdeckt.

#### Straßenverkehr wirksam begrenzen und Alternativparkplätze anbieten

- Das Halten und Parken vor Schulen muss verboten werden.
- Als alternative Parkmöglichkeit sind in zumutbarem Umkreis der Bildungseinrichtung Parkplätze für die Kinder begleitende Personen einzurichten. Diese sind mit einem dafür in die Straßenverkehrsordnung (StVO) aufzunehmenden Zusatzzeichen "Elternhaltestelle" zu kennzeichnen.

- Alle Straßen, die laut Schulwegplänen von Kindern genutzt werden, sind prioritär fußverkehrs- und fahrradfreundlich zu gestalten. Auf ihnen muss Tempo 30 gelten.
- Die Einhaltung der genannten Maßnahmen ist stärker als bisher zu kontrollieren und bei Zuwiderhandlung durch deutlich höhere Bußgelder zu ahnden.
- Es sollte in der kommunalen Entscheidungskraft liegen, ob Schulstraßen (Sperrung für motorisierten Verkehr vor Schulbeginn und nach Schulende) eingeführt werden.

## 5) Kindern den Schulweg zutrauen und sie in ihrer Mobilität unterstützen

- Kinder erhalten altersangemessene Angebote der Mobilitätsbildung.
- Kinder müssen die Möglichkeit haben, ihren Wohnraum selbstständig zu erkunden und zu erlaufen. Dafür braucht es Zutrauen in die Fähigkeit des Kindes.
- Jüngere Kinder sind in ihrer eigenständigen Mobilität zu unterstützen.
- Eltern sind dazu aufgerufen, ihre Kinder dabei nicht technisch zu überwachen.
- Die Sicherheit der Mobilität ist durch technische Neuerungen zu unterstützen, zum Beispiel durch Abbiegeassistenten auch bei Pkw und Lkw.

VBE transparent 3 2023

#### GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

## Repräsentative Umfrage: Breite Akzeptanz für Einschränkungen des Autoverkehrs im Schulumfeld

Berlin, 12. September 2023. Das Deutsche Kinderhilfswerk, der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordern Politik und Verwaltung mit Blick auf eine repräsentative forsa-Umfrage zum Handeln für mehr Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen auf. Laut Umfrage sagt die Mehrheit der Befragten (52 Prozent), dass die meisten Menschen Maßnahmen zur Einschränkung des Autoverkehrs im Umfeld von Schulen gutheißen würden. Diese sind dringend notwendig, denn rund ein Fünftel der Befragten (19 Prozent) schätzt die Verkehrssicherheit der Kinder in unmittelbarer Schulumgebung als unsicher ein. Bei der Umsetzung von Maßnahmen müssen Kinder nicht nur mitgedacht, sondern in die Stadt- und Verkehrsplanung einbezogen werden - das sagt die Mehrheit der Befragten (56 Prozent).

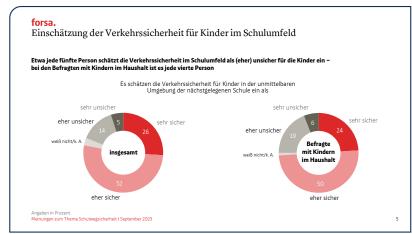
In Haushalten, in denen Kinder leben, werden diese Ergebnisse noch deutlicher. Hier sieht ein Viertel der Befragten (25 Prozent) die Schülerinnen und Schüler in Gefahr. 56 Prozent sind der Meinung, dass die meisten Menschen zugunsten der Schulwegsicherheit Einschränkungen des Verkehrs in ihrem Wohnumfeld gutheißen würden. Und: Befragte, die mit Kindern zusammenleben, sind eher der Ansicht, dass deren Partizipation bei der Stadt- und Verkehrsplanung die Schulumgebung sicherer gestalten würde (61 Prozent).

Für die repräsentative Umfrage hat das Meinungsforschungsinstitut forsa Mitte August 2023 insgesamt 1.005 Personen über 18 Jahren nach ihrer Meinung zum Thema Schulwegsicherheit befragt. Die Ergebnisse können auf der Website eingesehen werden.

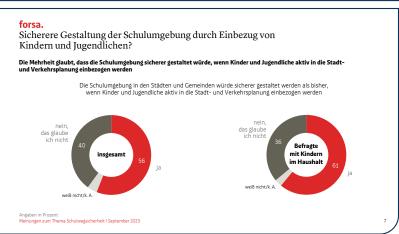
Die drei Partnerorganisationen Deutsches Kinderhilfswerk, VCD und VBE setzen sich seit vielen Jahren dafür ein, Kindern durch einen sicheren Schulweg eigenständige Mobilität zu ermöglichen. Das gemeinsame Forderungspapier dazu wird stetig aktualisiert, zuletzt im Sommer 2023.

Der Präsident des Deutschen Kinderhilfswerkes, Thomas Krüger, betont: "Auch wenn wir Erwachsenen es ihnen oft nicht zutrauen: Kinder haben eine gute Einschätzung davon, was sie für einen sicheren Schulweg brauchen. Wir dürfen deshalb nicht ständig über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Ihre Ideen und Anregungen müssen in die entsprechenden Planungsprozesse einbezogen werden. Aus früheren Befragungen wissen wir, dass bei Kindern und Jugendlichen der Wunsch nach mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten sehr deutlich vorhanden ist. Das Recht auf Beteiligung ist in der UN-Kinderrechtskonvention normiert. Dem müssen wir vollumfänglich und damit auch im Bereich der Straßenverkehrsplanung für sichere Schulwege nachkommen."

Kerstin Haarmann, VCD-Bundesvorsitzende, ergänzt: "Die Umfrage zeigt: Viele Eltern haben Angst, dass ihre









Kinder auf dem Schulweg in Gefahr geraten. Auch das ist ein Grund für die zahllosen Elterntaxis, die aber in Wahrheit die Lage vor den Schulen noch gefährlicher machen. Wir wollen, dass Kinder sicher und selbstständig unterwegs sein können - und dafür braucht es überall gut ausgebaute Rad- und Fußwege, mehr Tempo 30 und gegebenenfalls Schulstraßen, die sich morgens und nachmittags zeitweise für Autos sperren lassen. Hier ist auch der Bund gefragt: Er muss den Kommunen endlich die Freiheit geben, ihren Verkehr nach eigenen Bedürfnissen zu organisieren. Eine Reform der Straßenverkehrsordnung ist überfällig, auch im Hinblick auf die "Vision Zero", also dem Ziel, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu senken."

Gerhard Brand, Bundesvorsitzender des VBE, betont: "Wer den Schulweg im Elterntaxi verbringt, sieht weniger von der Welt. Zu Fuß, mit dem Rad oder Roller zu kommen, ist ein aktiver Start in den Tag, der Lernprozesse optimal unterstützt und das soziale Miteinander stärkt. Daher muss es jedem Kind möglich sein, die Schule selbstständig und wohlbehalten zu erreichen. Die Politik ist nun am Zug, Maßnahmen zu ergreifen, die dies gewährleisten. Dazu gehört auch die Unterstützung der Schulen bei der Verkehrserziehung durch externe Kräfte. In Zeiten des Lehrkräftemangels kann dies keine Zusatzaufgabe für das ohnehin stark belastete Kollegium sein. Und noch etwas ist wichtig: das Zutrauen der Eltern in die Fähigkeit ihrer Kinder. Ganz ohne Tracking und Hinterhertelefonieren müssen die Kleinen und Größeren den Freiraum erhalten, Wege allein zu bestreiten - wenn es denn die Infrastruktur ermöglicht."

#### ■ Impressum

VBE transparent - Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Sachsen-Anhalt

#### Herausgeber:

Verband Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt

#### Redaktionelle Bearbeitung:

Torsten Wahl, Forellenweg 13, 06463 Falkenstein/Harz, Tel.: 034741/990467, Fax: 034741/748024

#### Landesgeschäftsstelle:

Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale, Telefon: 0345/6872177, Fax: 0345/6872178, Internet: www.vbe-lsa.de, E-Mail: post@vbe-lsa.de

#### Bankverbindung

Sparkasse Halle, IBAN: DE81800537620387011317, BIC: NOLADE21HAL

Basisgestaltung: Typoly Berlin, www.typoly.de

S.1, 3, 5, 6, 9, 11, 21, 23, 24, 25: stock.adobe.com, S.4: Windmüller, S. 12: Nina Braun, S. 22:

#### Gesamtherstellung, Verlag, Anzeigenverwaltung:

Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm, Tel.: 02385/46290-0, Fax: 02385/46290-90, E-Mail: info@einfach-wilke.de, www.einfach-wilke.de

Die offizielle Meinung des VBE Sachsen-Anhalt geben nur gekennzeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Organe des VBE Sachsen-Anhalt wieder. Die mit Namen oder Pseudonym gekennzeichneten Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

Redaktionsschluss für Ausgabe 4/2023: 06.11.2023

ISSN 2190-4499

## Marokko – Mitglieder-Fachexkursion vom 18.5.–25.5.2024



#### Reiseablauf

Tag 1: 18.05.2024



Anreise zum Flughafen Frankfurt. Gegen 12.40 Uhr Flug mit Discover Airlines (neue Ferienfluggesellschaft der Lufthansa) nach Marrakesch. Ankunft in Marrakesch gegen 15.20 Uhr. Empfang am Flughafen durch die örtliche Deutsch sprechende Reiseleitung. Anschließend Fahrt mit dem Bus nach Casablanca. Während der Fahrt werden Sie über den Programmablauf der kommenden Tage informiert. Abendessen und Übernachtung in Casablanca.

Tag 2: 19.05.2024



Nach dem Frühstück Entdeckungsfahrt durch Casablanca. Sie sehen u. a. den großen Platz der Vereinigten Nationen, umgeben vom Justizpalast und dem Wohnviertel Anfa, dem berühmten Villenviertel. Danach besichtigen Sie die Moschee Hassan II, die größte Moschee Nordafrikas. Weiterfahrt nach Rabat, die Hauptstadt Marokkos mit dem Regierungssitz und der Residenz des Königs. In Rabat sehen Sie den Königspalast, die Chellah-Nekropole, das Mausoleum von Mohammed V. und die Oudaya Kasbah (Festung). Anschließend Fahrt nach Fes. Abendessen und Übernachtung in Fes.

Tag 3: 20.05.2024



Frühstück im Hotel. Danach Besichtigung von Fes, dem geistigen, religiösen und kunsthandwerklichen Zentrum des Landes. Fes gilt als die interessanteste und älteste Königsstadt in Marokko. Sie sehen die berühmtesten Sehenswürdigkeiten: die Bouinania-Medersa, die Koranuniversität Karaouine, den Nejjarine Brunnen und die sehenswerten Souks mit ihren zahlreichen Werkstätten sowie die Stadtmauern und den Königspalast. Danach besuchen Sie die Wirtschafts- und Handelsschule ETEC -Ecole Privée des Techniques Economiques et Commerciales in Fes. Anschließend Gedanken- und Meinungsaustausch mit marokkanischen Lehrern. Abendessen und Übernachtung in Fes.

Tag 4: 21.05.2024



Nach dem Frühstück verlassen Sie Fes und fahren nach Erfoud, eine Wüstenstadt im Osten von Marokko am Rand der Sahara. Die Fahrt dorthin führt zunächst über das Mittlere Atlas Gebirge mit seinem Zedernwald und über Ifran, der marokkanischen Schweiz. Nach einem Zwischenstopp in Midelt am Fuss des Djebel Elayachi oder in Errachidia, überqueren Sie das Hohe Atlasgebirge mit seiner Schlucht Ziz, um am späten Nachmittag die Sanddünen von Merzouga zu erreichen und dort den Sonnenuntergang zu erleben. Abendessen und Übernachtung in Erfoud.

Tag 5: 22.05.2024



Heute erleben Sie zwei besonders schöne Attraktionen auf Ihrer Marokko-Rundreise, die berühmte Todra-Schlucht und das Dadestal, die zu den schönsten Landschaften Marokkos zählen. Nach dem Frühstück im Hotel Fahrt zunächst Richtung Tinghir, eine Oasenstadt in Zentralmarokko und weiter zu der eindrucksvollen Todra-Schlucht mit ihren teilweise bis zu 300 Meter hohen Steilwänden. Danach besuchen Sie das wunderschöne Dadestal, das mit der malerischen Dades-Schlucht und der spektakulären Serpentinen-Straße zu den absoluten Höhepunkten einer Tour durch Marokko gehört. Abendessen und Übernachtung in Ouarzazate.

Tag 6: 23.05.2024



Frühstück im Hotel. Nach kurzer Fahrt erreichen Sie die Kasbah von Alt-Ben-Haddou, ein imposanter Lehmbau mit herrlicher Aussicht über das grüne Flusstal. Weiterfahrt nach Marrakesch. Überquerung des Hohen Atlas auf dem Tizi n'Tichka Pass 226om und Ankunft in Marrakesch am Nachmittag. Besuch des Gauklerplatz von Marrakesch. Abendessen und Übernachtung in Marrakesch.



Nach dem Frühstück Stadtbesichtigung mit den Highlights in Marrakesch. Sie besuchen die Koutoubia-Moschee mit Minarett sowie die Menara-Gärten. Am Nachmittag besuchen Sie die Mustafa Talibi Schule in Marrakesch und treffen die dortigen Lehrer. Danach erleben Sie das bunte Treiben in den Souks der Altstadt von Marrakesch, bevor Sie den abendlichen Spektakel auf dem 'verrücktesten Platz Afrikas', dem Place Djemaa el Fna erleben. Abendessen in einem marokkanischen Restaurant mit Musik und Bauchtanz. Übernachtung in Marrakesch.

#### Tag 8: 25.05.2024

Frühstück im Hotel. Danach Transfer zum Flughafen in Marrakesch. Verabschiedung durch die Reiseleitung. Rückflug gegen 16.10 Uhr nach Frankfurt. Ankunft in Frankfurt gegen 20.35 Uhr

Geringfügige Änderungen im Programmablauf bleiben vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl 20 Personen.

#### Reisepreis 1.785,- EUR p. P.

(Unterbringung im Doppelzimmer) Einzelzimmer-Zuschlag: 350,- EUR

#### Im Reisepreis eingeschlossen:

- Flug mit DISCOVER AIRLINES/LUFTHANSA von Frankfurt nach Marrakesch und zurück inkl. aller Kerosinzuschläge, Flugsteuern, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Transfers in Marokko Flughafen Hotel Flughafen
- 7 Übernachtungen in Hotels wie folgt:
  - 4\* Hotel Oum Palace in Casablanca (1 Nacht)
  - 4\* Hotel Across & Spa in Fes (2 Nächte)
  - 4\* Hotel Xaluca in Erfoud (1 Nacht)
  - 4\* Hotel Karam Palace in Ouarzazate (1 Nacht)
  - 4\* Kech Boutique Hotel & Spa in Marrakesch (2 Nächte)
- 7 x Frühstücksbüffet in den o. g. Hotels
- 7 x Abendessen in den o. g. Hotels oder Außerhalb
- Rundreise mit dem Bus ab/bis Marrakesch
- Besichtigungen und Fachbesuche wie im Programmablauf angegeben
- Deutsch sprechende Reiseleitung ab/bis Marrakesch
- Reisepreis-Sicherungsschein

Rail & Fly zum Flughafen Frankfurt – Mehrpreis 90,- EUR Lufthansa Anschlussflug von/nach Berlin – Mehrpreis 160,- EUR

## Wahlversammlung des VBE-Regionalverbandes Harz-Börde

#### Der VBE-Regionalverband Harz-Börde lädt ein!

Wann? Donnerstag, 09.11.2023, 16:00 Uhr Wo? Hotel "Am Brühl" in Quedlinburg

#### Aus der Tagesordnung

- Geschäftsbericht des RV Harz-Börde Kerstin Bode
- Kassenbericht des Schatzmeisters Torsten Wahl
- Diskussion über alle Berichte
- Wahl des neuen Vorstandes des RV Harz-Börde
- anschließend ein gemeinsames Abendessen in der Brühl-Stube des Hotels

Alle VBE-Mitglieder sind hiermit recht herzlich eingeladen. Für das Abendessen wird ein Unkostenbeitrag von 10,– EUR erhoben. Überweisen Sie bitte den Unkostenbeitrag zum 01.11.2023 auf folgendes Konto: Salzlandsparkasse, IBAN DE24800555003021110494, BIC NOLADE21SES

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um eine verbindliche Anmeldung bis zum 01.11.2023 per E-Mail an K. Bode – Frau-Bode@web.de, W. Klamroth – krw-Klamroth@gmx.de

RV Harz-Börde – K. Bode – Am Schwedderberg 36 – 06507 Gernrode, Tel: 039485 610588 – E-Mail: Frau-Bode@web.de

Anmeldung zur Vollversammlung:	
Von der Schule	nehmen folgende Mitglieder teil:
1	
3	
4	
5	

## Sicherheit beim Online-Banking

#### Der VBE-Kreisverband Magdeburg/Wolmirstedt lädt ein!

Wann? 14.11.2023, 16:00 bis 17:00 Uhr

Wo? Gemeinschaftsschule Ernst Wille, Magdeburg

Frankefelde 32, 30116 Magdeburg

#### **Programm**

#### Fachvortrag der BBBank für interessierte Kolleginnen und Kollegen aller Schulformen!

- Welche Risiken gibt es und wie kann man darauf reagieren?"
- Welche Leistungen bietet das Online-Banking der BBBank?
- Welche Funktionen beinhaltet die Banking App?

#### Referent: René Plathe

BBBank eG/Vorstandsstab – Öffentlicher Sektor Landesdirektor Öffentlicher Dienst für die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

Kosten: Keine!

Die Fortbildung wird organisiert von Michael Sommer. Anmeldungen bitte bis spätestens 07.11.2023. E-Mail: michael.sommer@vbe-lsa.de



## **Jahresabschlussveranstaltung**

#### Der VBE-Regionalverband Harz-Börde lädt wieder ein!

Wann? 29.11.2023, ab 16:00 Uhr

Wo? Kegelbahn Am Brauberg, Ballenstedt

Nähe Linde AG/Schlosshotel Ballenstedt



16:00-18:00 Traditioneller Kegelwettbewerb

ab 18:00 Uhr Gemeinsames Abendessen, Gaststätte Athen • Alter Markt 1

(Eigenbeitrag für Nichtmitglieder: 5,00 EUR)

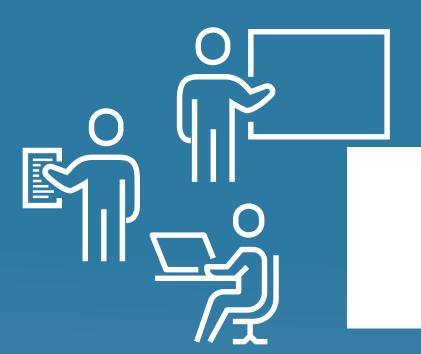
Verbindliche Anmeldung zum Kegeln und Abendessen bis 19.11.2023 an: K. Bode (KV Quedlinburg) – Tel. 039485-610588

W. Klamroth (KV Aschersleben) - Tel. 03473-808555

Überweisen Sie bitte den Eigenbeitrag von 5 € zum 19.11.2023 auf folgendes Konto: Salzlandsparkasse

IBAN DE24800555003021110494, BIC NOLADE21SES





## FOTOKOPIEREN UND EINSCANNEN

## Die Faustregeln

- Lehrkräfte können 15 %, maximal aber 20 Seiten, eines Druckwerkes kopieren und bei Werken, die ab 2005 erschienen sind, einscannen.
- Kleine Werke (außer Unterrichtswerke) können vollständig kopiert/ gescannt werden. Kleine Werke sind z. B. Noten mit max. 6 Seiten; Bilder, Fotos und sonstige Abbildungen.
- Lehrerinnen und Lehrer können diese Kopien und Scans für ihren eigenen Unterrichtsgebrauch sowie für Prüfungszwecke nutzen.
- Bei abgespeicherten Scans muss ein Zugriff Dritter mit effektiven Mitteln ausgeschlossen werden.
- Bei Werken, die digital angeboten werden, gelten die Lizenzbedingungen des Verlages.

Weitere Informationen und Antworten auf viele Praxisfragen zum Fotokopieren in Schulen, zur digitalen Nutzung und zum Abspeichern von Werken finden Sie unter www.schulbuchkopie.de. Dort steht auch dieses Poster zum kostenlosen Download bereit.

